

# Bremen im Würgegriff

**Altersarmut Spaltung zwischen Arm und Reich**

**Soziales** investorengetrieben  
Stadtentwicklung Schulen & Kitas

Krankenhäuser **Umwelt** Privatisierung  
öffentliches Eigentums

Bremen steht unter Druck: Wenn die Schuldenbremse greift, dürfen die Länder ab 2020 keine neuen Schulden machen. Der Bremer Senat hat einen Haushalt von 4,6 Milliarden Euro. Das Geld reicht aber nicht, um alle Ausgaben zu decken. Schon in der Vergangenheit musste das Land neue Schulden machen. Damit soll jetzt Schluss sein, denn die 2009 eingeführte Schuldenbremse besagt: Ab 2020 darf kein Bundesland mehr neue Schulden aufnehmen. Bis 2009 hat Bremen noch jedes Jahr 1,2 Milliarden neue Schulden aufgenommen.

Um das Volk auf das Thema „Schuldenabbau“ einzustimmen, haben Bund und Länder einen Sanierungspfad ausgearbeitet. Für Bremen heißt das: Über zehn Jahre hinweg soll das Bundesland jedes Jahr 120 Millionen weniger Neuschulden aufnehmen.

Für Bremen ist das allerdings unmöglich, weil das Land Schuldenlasten aus der Vergangenheit abzahlt. Deswegen bekommt Bremen Unterstützung vom Bund: 300 Millionen Euro jedes Jahr. Allerdings nur, wenn Bremen wirklich in jedem Jahr 120 Millionen Euro weniger Schulden macht und das geht nur auf Kosten von immensen Einsparungen, größtenteils zu Lasten des Sozialen.

Die vertragliche Verpflichtung, innerhalb von fünf Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wurde dem Bundesland Bremen mit dem o.g. Entschuldungshilfen schmackhaft gemacht. Der damit aufgebaute Druck, Ausgaben einzuschränken, vor allem aber alle Möglichkeiten zu nutzen, Mehreinnahmen zu erzielen, wird damit auf das Land Bremen ausgeübt. Folge sind insbesondere die Erhöhung der Grundsteuer B, für bebaute Grundstücke, diese wurde 2016 erhöht und je nach Wohnungsgröße dürfte die jährliche Mehrbelastung zwischen 30 und 70 Euro liegen. Hinzu kommt eine Erhöhung der Zweitwohnungssteuer von 10 auf 12 Prozent und die Hundesteuer wurde um 27 Euro erhöht. Auch Kita-Gebühren, Eintrittspreise für öffentliche Einrichtungen und Veranstaltungen und vieles andere mehr sind drastisch erhöht.

Die hohe Verschuldung der Stadtstaaten, Städte und Gemeinden ist die Folge einer Finanzpolitik des Bundes und der Länder, die große Vermögen, hohe Einkommen, Aktien- und Spekulationsgewinne nicht angemessen besteuert, den Kommunen nicht die

notwendigen Mittel bereitstellt, um ihre verfassungsmäßigen Aufgaben erfüllen zu können und die ihnen immer wieder Verpflichtungen zuweist, ohne für eine entsprechende Finanzausstattung zu sorgen. Die Forderung nach mehr Geld für die Stadtstaaten, Städte und Kommunen ist deshalb unverzichtbar.

Andere Städte und Gemeinden haben neue Steuern eingeführt und gleichzeitig wichtige Einrichtungen wie Bibliotheken, Bürgerhäuser und Schwimmbäder geschlossen, ohne damit einem „nachhaltigen“ Haushaltsausgleich näher zu kommen. Gestrichene oder aufgeschobene öffentliche Leistungen und Investitionen, wie in Bremen, kommen die Kommunen schon jetzt – erst recht in Zukunft – teuer zu stehen. Es geht an die Substanz.

Geringverdiener werden von dieser Entwicklung besonders hart getroffen. Sie werden über ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hinaus belastet. Nicht nur ihnen wird die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erschwert. Die Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten vieler Kinder werden weiter eingeschränkt. Wir halten das für den falschen Weg.

Wir weisen jeden weiteren Abbau notwendiger kommunaler Leistungen, immer höhere Belastungen der Einwohnerinnen und Einwohner und weitere Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung zurück.

\* Für eine Entschuldung des Stadtstaates Bremen mit Hilfe des Bundes und der Banken ein, ohne die Bevölkerung weiter finanziell zu belasten.

\* Für eine Änderung der Lohnsteuerregelung in dem Sinne, dass die Lohnsteuer in dem Bundesland abgeführt wird, in dem sich der Arbeitsplatz befindet. Das würde für den Stadtstaat Bremen zusätzliche Lohnsteuereinnahmen bedeuten und die Steuerlast vermindern, so dass mehr Geld für Soziales da wäre.

Perspektivisch ist aber zu sagen: Mehr Geld für die Städte, viel mehr für die Bildung, Begrenzung der Mieten und ein Sofortprogramm für den Sozialen Wohnungsbau, Privatisierungen stoppen, Ausbau der Kindertagesstätten, mehr und gut bezahlte Pflegekräfte in Altenheimen und Krankenhäusern.

**Und von da soll das Geld herkommen: Von den Reichen und der Rüstung.**